

LESERBRIEFE

Auf Augenhöhe mit den USA

◆ Zu jW vom 11. Juli: »Regierung schickt US-Spion nach Hause«

Nun sieht sich also die Bundesregierung gezwungen, außer beschwichtigenden Sprüchen etwas mehr zu tun. Aber das »Diplomatenkegeln« hatte schon im Kalten Krieg wenig Wirkung – auch CIA-Residenten sind ersetzbar.

Wirkungsvoller ist da schon die Forderung des Abgeordneten der Partei Die Linke, André Hahn, nach Schließung aller Einrichtungen der US-Geheimdienste auf deutschem Boden. Aber Die Linke sollte noch weiter gehen und fordern, daß alle Sonder- und Zusatzabkommen mit den USA über die Stationierung von Geheimdienstabteilungen, über die finanziellen Hilfen der Bundesrepublik (d.h. der Steuerzahler) für den Aufbau und den Unterhalt dieser Einrichtungen offengelegt und für ungültig erklärt werden. Das wäre ein Signal für die Bereitschaft der Bundesregierung, mit diesen Relikten des Kalten Krieges wirklich aufzuräumen und aus der gebeugten Haltung gegenüber den USA zu einer Position in Augenhöhe gelangen zu wollen. **Klaus Eichner, Lentzke**

Kurzerhand gemobbt

◆ Zu jW vom 5./6. Juli: »NSA-Ausschuß von BND ausspioniert«

Können die Untersuchungsausschüsse des Bundestags überhaupt noch ungestört arbeiten? Irgendwer läßt sich in der letzten Zeit etwas zu viel gegen kritische Politiker einfallen, um sie nicht nur an ihrer Arbeit zu hindern, sondern um sie zu diskreditieren und damit auch die Arbeit der Untersuchungsausschüsse. 1995 gab es einen Untersuchungsausschuß zur Aufdeckung der Tätigkeit der Treuhandanstalt. Die Arbeit dieses Ausschusses wurde vollkommen verhindert dadurch, daß man den Parlamentariern jegliche Unterstützung vorenthielt.

»Irgendwer läßt sich in der letzten Zeit etwas zu viel gegen kritische Politiker einfallen, um sie nicht nur an ihrer Arbeit zu hindern, sondern um sie zu diskreditieren und damit auch die Arbeit der Untersuchungsausschüsse.«

Es wurde von der Regierung damals der Zugang zu allen Dokumenten verweigert. Otto Schily (SPD) sprach von einer Sabotage des Parlaments. So funktioniert die Verhinderungspolitik heute. Wer etwas mehr nachdenkt und Dinge kritischer hinterfragt, wird kurzerhand gemobbt. Wenn das noch nicht reicht, dann wird eben Rufmord begangen (...).

Helga Helena Liebecke, Berlin

Zivilcourage nötig

◆ Zu jW vom 10. Juli: »Unverbindlich formuliert und weit auslegbar«

Kollegin Cornelia Mannewitz irrt, wenn sie annimmt, die Zivilklausel sei eine Verhinderungsmaschine für Militärforschung an Hochschulen. Militärforschung kann nur durch wachsame Menschen mit Zivilcourage verhindert werden. Die Zivilklausel ist ein Hilfsmittel dafür. Auch eine »verbindliche« Zivilklausel kann unterlaufen werden. Diesen Gedanken habe ich Michael Schulze von Glaßer, dem Erfinder der »verbindlichen« Zivilklausel, zu dessen *Freitag*-Artikel »Forscher in Camouflage« vom 30. Mai als Kommentar geschrieben. Man darf gespannt sein, welche Hochschulgruppierung der betroffenen fünf Unis mit Zivilklausel als erste reagiert. Die Geheimhaltung der BMVg-Finanzierung ist hier

ein himmelschreiender Widerspruch. Auch das örtliche Friedensumfeld der fünf Unis ist gefragt. (...)

Dietrich Schulze, per E-Mail

Soldaten zu Hause lassen

◆ Zu jW vom 4. Juli: »Zwei Drittel gegen Drohnen«

In Politik und Medien wird derzeit viel über den Qualitätssprung der Waffen im Ersten Weltkrieg geredet. Und genau zum 100. Jahrestag des Beginns dieses Gemetzels beschließen »unsere« Politiker, bewaffnete Drohnen anzuschaffen, angeblich, um »deutsche Soldaten zu schützen«. Kann denen mal jemand sagen, daß man Soldaten am besten schützt, indem man sie was Vernünftiges lernen und zu Hause läßt ?

Klaus Büchner, Berlin

Politische Farce

◆ Zu jW vom 9. Juli: »Tropfen auf den heißen Stein«

Jener von dem ehemaligen Bundeskanzler Schröder im Jahr 2000 geforderte »Aufstand der Anständigen« ist und bleibt eine politische Armseeligkeit, eine Farce. Die Politik schafft gerade mal nur Lippenbekenntnisse. Mehr nicht.

Die Realität sieht anders aus: Polizisten haben eher das Interesse, gegen Antifaschisten und Antirassisten vorzugehen. Auch geben sie den Neonazis einen Freibrief zur Verbreitung ihrer menschenverachtenden Sticker und Propaganda! Projekte gegen rechts werden stark sondiert – eigentlich gewünscht ausgemustert, wenn sie unbequem sind, zum Beispiel »Haß vernichtet«. Die Justiz bietet auch den kriminellsten Neonazis Möglichkeiten der Betätigung, wie Rechtsrock in Gera. Die Stadt ist pleite und muß dann auch noch den Polizeieinsatz dafür bezahlen! Ich selbst erhalte in Dresden z.B. Hausverbot von einem Schulleiter für mein bereits mehrfach ausgezeichnetes Projekt. Kaum ein Tag vergeht, an dem man nicht als Bürgerin zur Kenntnis nehmen muß, wie und daß die Politik im angeblichen »K(r)ampf gegen Rechtsextremismus« gnadenlos versagt! Nach dem NSU kann daher auch heißen: Vor dem NSU! (...)

Irmela Mensah-Schramm, per E-Mail

SPD spaltet

◆ Zu jW vom 8. Juli: »Dem Markt verpflichtet« (...)

Die SPD als geradezu paradigmatischer Fall einer Opportunisten- und Umfallerpartei möchte die Kritik der Umwelt- und Verbraucherschutzverbände an den TTIP-Verhandlungen zum Schweigen bringen. Probelauf war: »Stuttgart 21«. Scheinbeteiligung mit dem Ziel der Spaltung der Kritiker.

Ulrich F.J. Mies, per E-Mail

Frauen in Machtpositionen

◆ Zu jW vom 3. Juli: »Ich werde diese Auszeichnung nicht annehmen«

Mehr Frauen in »obere Ränge«? Mit der Drohnen-Ulla und der »fürsorglichen« Marieluise Beck sind doch schon zwei zu »entdecken«! Wenn da nicht die Florence Hervé wäre!

Klaus Horn, per E-Mail